



Ein Jahr Landesregierung: Das nächste Kapitel grün-schwarzer Enttäuschungen

Positionspapier
der FDP-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg



Die Jahresbilanz der Koalition:

1. Vom Recht und der Verfassung
2. Digitalisierung?
3. Von Finanzen und Staatssekretären
4. (Ehemaliges) Bildungsland Baden-Württemberg
5. Wissenschaft und Forschung
6. Die Entkernung der Wirtschaftspolitik
7. Dogmen statt Nachhaltigkeit – Umwelt- und Energiepolitik über Zwang und Verbote
8. Luchas Leistungen
9. Wie ernähren wir 11 Millionen Menschen?
10. Verkehrsverhinderung als Leitmotiv
11. Reisen statt regieren – Grün-Schwarz in Europa und der Welt
12. Das Tiny-House-Ministerium und die Koalitionsarithmetik
13. Conclusio



I. Ausgangslage

Am 12. Mai 2021 wurde das Kabinett Kretschmann III vereidigt. Zeit, für die FDP-Landtagsfraktion Bilanz über ein Jahr Landesregierung zu ziehen. Zeit, das nächste Kapitel grün-schwarzer Enttäuschungen zu reflektieren.

II. Die einzelnen Politikfelder

Die FDP-Fraktion bewertet das erste Jahr der grün-schwarzen Koalition vor mehreren Hintergründen und in allen Politikfeldern. Zum einen gilt es hervorzuheben, dass einiges, was die Koalition tatsächlich umgesetzt hat, aus unserer Sicht schlichtweg schlecht ‚gemacht‘ wurde oder in die politisch falsche Richtung geht. Zum anderen ist es auch unsere Aufgabe als Oppositionsfraktion, die Umsetzung wohlfeiler Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag unter die Lupe zu nehmen und zu prüfen, wie es um die Umsetzung bestellt ist. Zu guter Letzt muss natürlich auch der Umgang mit den aktuellen Herausforderungen betrachtet werden und auf welche Weise die Exekutive und die sie tragende Regierungskoalition damit umgeht.



1. Vom Recht und der Verfassung

Der wohl zweifelhafteste „Erfolg“ im Innen- und Rechtsbereich ist die überhastete Umsetzung der **Wahlrechtsreform** zu Lasten der Steuerzahler. Anstelle eines ausbalancierten Gesetzesentwurfs für eine Angleichung des Wahlrechts an das zur Wahl des Deutschen Bundestags ohne dessen Schwächen zu übernehmen, wie es auch von uns angestrebt war, wurde eine fehlerhafte Reform beschlossen, die insbesondere das drängendste Problem, die Möglichkeit der maßlosen Aufblähung des Landtags, völlig außer Acht gelassen hat. Nicht nur gegen den Rat unseres Sachverständigen, sondern auch gegen den Rat der von den Regierungsfractionen beauftragten Sachverständigen. Im Resultat haben wir nun ein Wahlrecht, das womöglich nicht lange Bestand hat, weil insbesondere die Nachrückerregelung hochgradig skurril geregelt ist, einer gerichtlichen Überprüfung eventuell nicht standhält und bei dem nebenbei das am stärksten kritisierte Element des Bundestagswahlrechts übernommen wurde: die Neigung zur überproportionalen Aufblähung des Parlaments. Unsere Fraktion wollte dies mit einer Reduktion der Wahlkreise verhindern, wurde aber überstimmt. Positiv hervorzuheben bleibt die von allen demokratischen Fraktionen befürwortete Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre.

Ganz und gar nicht positiv hervorzuheben in der aktuellen Landesregierung ist hingegen das **Verhalten des Innenministers**, von Hause aus auch Verfassungsminister und oberster Dienstherr der Polizei. Statt die drängenden Probleme in seinem Bereich anzugehen, fällt Minister Strobl mit Skandalen auf. Seit Monaten gärt ein Sex-Skandal um einen hochrangigen Polizeibeamten und damit auch um die Kultur innerhalb des Hauses von Innenminister Strobl. Der Beamte soll einer jungen Hauptkommissarin versprochen haben, ihr bei der Karriere behilflich zu sein, wenn sie ihm sexuell zu Diensten sei. Und just in diesem laufenden Disziplinarverfahren hat der Innenminister sich selbst bezichtigt, ein Anwaltsschreiben an die Presse gegeben zu haben. Wer soll diesem Innenminister als Polizist noch Vertrauen entgegenbringen, wenn der oberste Dienstherr vertrauliche Personalsachen durchsticht? Von Gewerkschaftsseite wurde Minister Strobl dafür so scharf kritisiert, dass man das nur als Aufforderung zum Rücktritt verstehen kann. Bezeichnend. Die Staatsanwaltschaft hat sich eingeschaltet, Tausende Beamte sind verunsichert. Ein verheerendes Zeugnis für Minister Strobl. Und eine weitere Frage stellt sich: Ist sein Motiv wirklich die, wie er selbst sagt, „absolute Transparenz“ oder liegt es nicht eher nahe, dass diese Selbstbeziehung der Verschleierung dessen dienen soll, was im Hause Strobl darüber hinaus im Argen liegt?



2. Digitalisierung?

Die vielen Baustellen des Ministers Strobl könnten einer der Gründe sein, weshalb es bei der Digitalisierung, die als stiefmütterliches Beiwerk im Innenministerium angegliedert ist, so hapert. Die Umsetzung von „**Open Data**“, also der Sicherstellung der digitalen Verfügbarkeit von Daten mit öffentlicher Relevanz steht zwar im Koalitionsvertrag, umgesetzt wurde von der Regierungskoalition diesbezüglich aber bisher nichts – außer den Vorschlag unserer Fraktion abzulehnen.

Ganz düster sieht es auch beim **flächen-deckenden Breitbandausbau** aus, den die Koalition eigentlich voranbringen wollte. Baden-Württemberg ist aktuell Drittlezter im Ländervergleich. Nur 7,4 Prozent der Haushalte haben einen Glasfaseranschluss, in Rumänien über 50 Prozent. Bereits im letzten Koalitionsvertrag 2016 hatte Minister Strobl flächendeckend schnelles Internet angekündigt, vom viel beschworenen „letzten Schwarzwaldhof“, der damit versorgt werden sollte, ist nichts zu erkennen. Es besteht weiterhin ein kompliziertes und viel zu bürokratisches Förderregime. Der im Koalitionsvertrag vorgesehene und aus unserer

Sicht dringend erforderliche Bürokratieabbau bei der Breitbandförderung ist bislang ausgeblieben, an der diesbezüglichen Task Force des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr beteiligt sich Baden-Württemberg nicht, statt dessen wird hinterher an den Ergebnissen herumgemäkelt.

Auch die **Mobilfunkabdeckung** ist nach wie vor im Bundesschnitt unterdurchschnittlich, die Versuche gegenzusteuern nur kosmetisch. Runde Tische eignen sich zwar dazu, Bemühen zu demonstrieren, wenn im Endeffekt nichts dabei herauskommt, ist aber nichts gewonnen.

Bei der **Cyberabwehr** macht Minister Strobl auch noch das glatte Gegenteil dessen, was er gerne predigt. Anstatt kleine und mittlere Unternehmen in der Cyberwehr zu unterstützen und zu stärken, wird diese Förderung eingestellt. Die neue Cybersicherheitsagentur schafft derweil bei weitem noch keinen Ersatz für die wichtigen Aufgaben der Cyberabwehr. Die Landesregierung hat die Cyberabwehr des Landes damit bedauerlicherweise geschwächt.



3. Von den Finanzen und Staatssekretären

Die bemerkenswerteste Leistung hinsichtlich der Finanzen ist sicherlich die inflationäre Ernennung teurer Staatssekretäre, eine Vervielfachung im Vergleich zur letzten schwarz-gelben Landesregierung. Bereits die alte grün-schwarze Koalition hat sich zudem im Herbst 2020 der **kreativen Buchführung** bedient. Das mit 1,2 Milliarden Euro bestückte Programm „Zukunftsland BW“ definiert nahezu jedes Förderprogramm als ein „Aufholen nach Corona“, um damit die formalen Kriterien der Nutzung der in der Pandemiezeit gemachten Schulden zu rechtfertigen. Am Anfang der Legislatur hatte der Finanzminister das kurz gestoppt, um dann unvermindert wieder Ausgaben zu genehmigen. Im Nachtrag zur Regierungsbildung wurden zudem unnötige Schulden in Höhe von 1,2 Milliarden aufgenommen, davon 954 Millionen aus der Corona-Schuldenregel, obwohl 3,2 Milliarden Kassenüberschuss aus 2020 bekannt waren. Das will die Koalition mit dem Haushalt 2022 „materiell geheilt“ haben, was aber ein sehr seltsames Verständnis der Haushaltsmechaniken ist.

Äußerst bedenklich ist der aktuelle Versuch, gemäß Koalitionsvertrag die gesetzliche **Krankenversicherung für Beamte** zu öffnen. Dabei gibt es zu viele Verlierer: Den Steuerzahler und die Gemeinschaft der gesetzlich Versicherten. Denn üblicherweise gehen diesen Schritt nur diejenigen, die in der Privaten Krankenversicherung abgelehnt wurden. Aber auch die CDU gehört hier zu den Verlierern, hatte sie solche Überlegungen bislang stets zurückgewiesen, ist sie nun doch voll und ganz auf den Kurs der Grünen eingeschwenkt.



4. (Ehemaliges) Bildungsland Baden-Württemberg

Zur Bildung gibt es im Koalitionsvertrag gleich an mehreren Stellen schöne Worte. Von „konsequenter Qualitätsentwicklung“ etwa, niemand dürfe zum „Bildungsverlierer“ werden, man wolle „keine grundlegenden Strukturdebatten“ führen und „Bildungspolitik stärker an wissenschaftlichen Erkenntnissen“ ausrichten. Doch das alles nützt nichts, wenn das tatsächliche Handeln entweder komplett an diesen Worten vorbeigeht oder sogar dagegen gearbeitet wird, diese Versprechen umzusetzen.

Fakt ist: Die **Qualität an den Schulen** nimmt tatsächlich weiter ab, zudem ist das **Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung** völlig ungenügend aufgestellt. Wenn nicht einmal die für Schulqualität zuständige Behörde arbeitsfähig ist, wie soll dann eine „konsequente Qualitätsentwicklung“ erfolgen?

Betrachtet man das aktuelle INSM-Dynamikranking, also den Vergleich der Bundesländer anhand bildungsrelevanter Indikatoren zwischen 2013 und 2021, sieht man, dass die Beschwörungen, „niemand dürfe Bildungs-

verlierer werden“, nur leere Worte sind: Bildungsarmut im Ländervergleich Platz 15, Schulqualität Platz 15 und Internationalisierung sogar Platz 16 von 16.

Zudem sagt der Koalitionsvertrag auf der einen Seite, dass man „keine grundlegenden Strukturdebatten“ führen und die „Bildungspolitik stärker an wissenschaftlichen Erkenntnissen auszurichten“ möchte, doch man hält nicht Wort. **Strukturdebatten** werden durchaus (hinter verschlossenen Türen) geführt, und damit insbesondere und ideologie- statt wissenschaftsgetrieben die so unschätzbar wichtigen Realschulen angegriffen.

Entgegen dem Koalitionsvertrag, in dem die angestrebte Vorreiterschaft einer **digital-unterstützten Bildung** angekündigt wird, ist auch die Umsetzung dieser als erbärmlich zu bewerten.

Alles in allem: Ungenügend, wie man in der Schule sagen würde.



5. Wissenschaft und Forschung

Nicht weniger als einen international sichtbaren Hotspot der Lebenswissenschaften hat sich die Landesregierung in der Region Rhein-Neckar vorgenommen, vertändelt aber im Streit um Zuständigkeiten und Kosten das Fortkommen bei diesem wichtigen Zukunftsprojekt, das auch die Zukunft der Uniklinik Mannheim wesentlich mitbestimmt.

Schon vor fast eineinhalb Jahren hat unsere Fraktion angemahnt, dass die wesentlichen **Richtungsentscheidungen für Mannheim** eine der ersten Aufgaben der Landesregierung nach der Wahl im März 2021 sein müssen. Nun hat die Landesregierung wertvolle Zeit mit ‚Zuständigkeits-Ping-Pong‘ zwischen den Ministerien vergeudet, das der Tragweite der Fusion keineswegs gerecht wird. Es ist politisch vollkommen unaufrichtig von dieser Landesregierung, mit wohlklingenden Plänen zum Gesundheitsstandort Rhein-Neckar nach den Sternen zu greifen, dann aber jahrelang darüber zu streiten, wer den Sprit dorthin bezahlt.

Die nun vorgelegte Vereinbarung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, des Ministeriums der Finanzen und des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration jedenfalls lässt die Stadt Mannheim im Regen stehen, was die Trägerschaft des Universitätsklinikums betrifft. Aber auch das Neubauvorhaben ‚Neue Mitte‘ soll, nach Absicht der Landesregierung, zumindest bis zur Umsetzung der ersten Bauphase mit einer ‚Verbundlösung‘ geschehen, die einzig der Wahrung der finanziellen Interessen des Landes dient, das ganz offensichtlich vor dem Preisschild zurückschreckt, was die Übernahme in die Landesträgerschaft anlangt. Einen international sichtbaren Hotspot schafft man so – allerdings nicht für die Gesundheits- und Lebenswissenschaften, sondern für landesweites Unverständnis für das frustrierende Agieren der Landesregierung in dieser Frage.



6. Die Entkernung der Wirtschaftspolitik

Das Wirtschaftsministerium des Landes war ursprünglich eines der wichtigsten Ministerien überhaupt. Das hat sich grundlegend geändert. Die Neuauflage von Grün-Schwarz hat dieses Ministerium noch weiter entkernt. Die Herauslösung und Überführung der Bereiche Landesentwicklung und Wohnen in ein ‚Tiny-House‘-Ministerium hat nämlich nicht dazu geführt, dass die anderen Bereiche des Wirtschaftsministeriums dadurch mehr Geltung bekommen hätten. Ganz im Gegenteil, ist das Wirtschaftsministerium im vergangenen Jahr hauptsächlich durch **Skandale** aufgefallen:

Zwei Millionen Euro gab es gegen den Ratschlag des eigenen Ministeriums als Wahlkreisgeschenk für einen grünen Abgeordneten. Für die Entwicklung einer App, die erkennen sollte, ob man Corona hat, wenn man in sein Smartphone hustet. Eine Parteipressemeldung zur Huldigung des Ministers Thomas Strobl als CDU-Landeschef wurde vom Ministerium verschickt, das sich neutral zu verhalten hat, und zusätzlich muss man aufgrund des Expo-Debakels nun vom Fraunhofer-Institut und der Ingenieurkammer Schadensersatz fordern, obwohl man diese Organisationen mitfinanziert oder die Rechtsaufsicht hat. Das ist nicht nur peinlich, sondern wird der Würde eines Ministeriums schlicht nicht gerecht.

Wichtige Herausforderungen wie Fachkräfte, Digitalisierung, die Transformation der Wirtschaft, Unternehmensansiedlungen oder die Zukunft des Einzelhandels bleiben hingegen **unbearbeitet**. Es fehlt an übergreifenden Konzepten, stattdessen gibt es – wenn überhaupt – nur Stückwerk wie einzelne Förderprogramme oder singuläre Maßnahmen, aber keine Wirtschaftspolitik aus einem Guss. Strategie und Planung fehlen. Eine unvollständige Liste, in welchen Bereichen laut dem Koalitionsvertrag etwas passieren sollte, aber bisher Fehl-anzeige herrscht, lässt für den Fortgang dieser Legislatur nichts Gutes ahnen. In der Mittelstandsförderung, beim Venture Capital Roundtable, beim Robotics Valley, bei der Green Tech Alliance, der Unternehmensnachfolgekampagne, dem Expertenrat zur Zukunft des Handels und dem Beirat zur „Digitalisierung der Arbeit“ ist jeweils nichts Erkennbares passiert. Ein düsteres Bild.



7. Dogmen statt Nachhaltigkeit – Umwelt- und Energiepolitik über Zwang und Verbote

Die grün-schwarze Energie-, Klima- und Umweltpolitik ist geprägt von Dogmen, Absolutismen und autoritären Tendenzen. Die vollständige programmatische Unterwerfung der CDU unter den grünen Koalitionspartner zeigt sich hier besonders deutlich. Die CDU möchte an manchen Stellen sogar die Grünen überholen. So hat der Ministerpräsident Kretschmann bereits eingeräumt, dass es statt 1.000 **Windrädern** bis zum Ende der Legislatur eher 500 werden könnten. Die CDU möchte aber an 1.000 Windrädern festhalten, also im Schnitt etwa 23 zusätzliche Windräder in jeden Stadt- und Landkreis bauen. Um den Ausbau der Windkraft zu forcieren, hat die Koalition in einem aktuellen Gesetzentwurf die Bürgerbeteiligung drastisch beschnitten. Das Widerspruchsverfahren, das den Bürgern bislang eine Mitsprache ermöglicht hat, wird abgeschafft. Es bleibt nur der Klageweg offen, der die betroffene Bürgerschaft viel Geld kostet. Mit der viel beschworenen „Politik des Gehörtwerdens“ hat dies nichts zu tun. Obendrein wird so zu Lasten der Bürgerbeteiligung ein Flaschenhals bei Gerichten geschaffen, die mit einer Verdopplung der Klagen rechnen können, wenn die Bürgerbeteiligung eingeschränkt wird. Vermutlich wird die Genehmigungsdauer damit also gar nicht verkürzt, sondern der Flaschenhals wird durch die zunehmende Verfahrenszahl an die Gerichte verlagert, wo dann die Wartezeiten entsprechend lang werden.

Statt technologieoffen klimafreundliche und in Baden-Württemberg lohnende Energiequellen wie Sonne, Biomasse, Geothermie

und Wasserkraft an jeweils geeigneten Stellen zu fördern, wird einseitig auf Windkraft im windärmsten Bundesland gesetzt. Die Nutzung des Staatswaldes hierfür ist bereits in die Wege geleitet – mit dem Ziel, möglichst viele Windräder auch an windschwachen Standorten zu bauen. Wir halten das für keine kluge Politik. Windräder sollten dahin gebaut werden, wo Wind weht!

Ungenügend ist zudem die **Wasserstoff-Roadmap** in deren Rahmen gar keine konkreten Maßnahmen vorgesehen sind. Den Fokus ausschließlich auf „grünen Wasserstoff“ zu legen, anstatt alle Möglichkeiten auszuloten, halten wir für kurzsichtig. Statt Energiepartnerschaften zu forcieren und die Infrastruktur auszubauen, wird der Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft und den Wasserstoffhochlauf weiter verschleppt.

Im Rahmen der **Novelle des Klimaschutzgesetzes** wurde bedauerlicherweise die planwirtschaftliche Solardachpflicht umgesetzt, die auch Eigentümer, Bauherren und Mieter von verschatteten Nordseitendächer betrifft, wo ohne signifikanten Nutzen horrenden Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden. Positive weitere Entwicklungen sind im Rahmen der Novelle aktuell nicht absehbar.

Auch der Mehrwert durch neu geschaffene, zusätzliche Verwaltungsstellen für Naturschutz ist nicht erkennbar.



8. Luchas Leistungen

Die Sozial- und Gesundheitspolitik des vergangenen Jahres in einer Bilanz festzuhalten führt zwangsläufig zu einer Bewertung der **Corona-Politik**. Und auch hier können wir kein gutes Zeugnis ausstellen – weder was den Ministerpräsidenten, noch was seinen zuständigen Minister betrifft. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Wichtige Belange wie die körperliche und psychosoziale Gesundheit, soziale Teilhabe, Selbstbestimmung sowie Bedingungen eines guten Lebens behalten wir bei Maßnahmen des Gesundheitsschutzes im Blick.“ Doch auf diesen Gebieten haben der Ministerpräsident sowie Minister Lucha vollumfänglich versagt. Dazu beispielhaft ein paar Ereignisse der jüngeren Vergangenheit:

Erst muss Ministerpräsident Kretschmann sich für die Absage eines undurchdachten Oster-Lockdowns entschuldigen. Dann wird der Gastronomie auf den Winter hin ein 2G-Plus-Debakel zugemutet, bei dem es in 48 Stunden vier unterschiedliche Zwischenstände gegeben hat. Dann verliert diese Regierung ein Gerichtsverfahren, weil man erst einen Stufenplan vorlegt, an den man sich am Ende aber selbst nicht hält. Der Gipfel war dann Minister Luchas Brief an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zur Quarantäne, der wiederum vom Staatsministerium eingesammelt wurde. Zudem wurde der Schutz der Bewohner von Alten- und

Pflegeeinrichtungen durch massive Defizite bei den Impfbooster-Kampagnen nicht ausreichend sichergestellt. Ministerpräsident Kretschmann klagt, der Bund habe ihm den Corona-Instrumentenkasten leer geräumt. Dazu können wir nur sagen: Richtig so! Wer mit Werkzeugen so schlecht umgeht, dass er sich bestenfalls selbst damit verletzt, dem gehören diese weggenommen.

Nun wurde eine **Enquete-Kommission** ins Leben gerufen, die die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Krise beleuchten soll. Allerdings fehlt im Einsetzungsbeschluss vollumfänglich die Reflexion des Regierungshandelns während der Krise, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Das haben Grüne und CDU mit unbedingtem Willen durchgesetzt, obwohl genau die Lehren daraus hilfreich wären. Man kann sich ausmalen, weshalb man dort nicht möchte, dass die Fehler der Vergangenheit aufgearbeitet werden.

Abgesehen von dem mehr schlecht als recht umgesetzten Corona-Management ist im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration so gut wie nichts umgesetzt worden. Mit einzelnen Projektförderungen als neuem Politikstil muss man konstatieren, dass das vergangene Jahr ein Jahr des Stillstands für soziale, gesundheitliche und pflegerische Politik in Baden-Württemberg war.



9. Wie ernähren wir 11 Millionen Menschen?

Eine Frage, die angesichts des verheerenden Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine zunehmend ins Zentrum rückt, ist die nach der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln. Die Ukraine als Kornkammer Europas und vieler Teile der Welt fällt aktuell in vielerlei Hinsicht aus. Der Koalitionsvertrag selbst konnte darauf unbestritten noch keine Rücksicht nehmen, da wirklich niemand erwarten konnte, zu welchen Verbrechen der russische Diktator im Stande sein würde. Allerdings erfordert die aktuelle Situation aus Sicht der FDP-Fraktion ein **Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik**. Der Anteil des Ökolandbaus soll gemäß des Koalitionsvertrags unter Zuhilfenahme reichhaltiger Fördermittel bis 2030 auf 30 bis 40 Prozent ausgeweitet werden. Bio-Musterregionen sollen zu Bio-Landschaften zusammengefasst und der Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten in den Mittelpunkt gestellt werden.

Das mag sich zunächst gut anhören, hat aber enorme Konsequenzen: Die Fortsetzung der planwirtschaftlich forcierten Steigerung des Ökolandbaus um jeden Preis wird zu einem Preisverfall führen, den man schon jetzt beim Bio-Streuobst sieht, benachteiligt konventionelle Landwirte, wird Höfe sterben begünstigen und die Ernährungssicherung gefährden. Angesichts der Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Ernährungssicherheit sind diese Ziele der Koalition nicht mehr haltbar.

Wir begrüßen, dass die EU-Kommission die Notwendigkeit erkannt hat, der Ernährungssicherung in der EU den Vorrang zu geben. Bauern sollen in der EU künftig für Umweltschutz vorgesehene Ackerflächen nutzen dürfen, um dort Nahrungs- und Futtermittel anzubauen. Versorgungssicherheit muss zwingend auch in der Agrarpolitik Baden-Württembergs eine tragende Rolle spielen.

Pauschale Reduktionsvorgaben, die auf Landesebene sogar über die Ziele der EU und der Bundesregierung hinausgehen, etwa beim Pflanzenschutz, sind kontraproduktiv und widersprechen dem Ziel der zuverlässigen Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln. Nach aktuellen Berechnungen bräuchte eine überwiegend ökologische Ernährung in Deutschland rund 40 Prozent mehr Fläche als die konventionelle Produktion bei gleichem Konsum. Dies ist umso prekärer vor dem Hintergrund, dass zudem zwei Prozent der Freiflächen für Photovoltaik und Windenergie festgelegt werden sollen. Weltweit müssen aber mehr Nahrungsmittel auf begrenzter Fläche produziert werden und obwohl die Wissenschaft sich einig ist, dass die mit der Genschere CRISPR-Cas modifizierten Pflanzen gute Erträge bringen können, eine gute Klimaresilienz aufweisen können, nicht gesundheitsschädlich sind und sich sogar positiv auf die Umwelt auswirken, lehnt die Landesregierung diese ab. Wir fordern deshalb hier ein Umdenken.



10. Verkehrsverhinderung als Leitmotiv

Beim **Kampf gegen die individuelle Mobilität** und sonstigen Verboten macht das Verkehrsministerium Tempo. Gerne auch mit Dingen, für die Verkehrsminister Hermann gar nicht zuständig ist, etwa beim wiederkehrenden Versuch, ein Tempolimit für Autobahnen zu bekommen. Die Möglichkeit, das Anwohnerparken um teils das Zehnfache zu erhöhen wurde bereits umgesetzt, das Beklebeverbot von Busscheiben für Omnibusunternehmen ebenfalls. Wir können diese Maßnahmen nicht für gut befinden, denn in innovativen, nicht verbots-, sondern schaffenskraftgetriebenen Bereichen gibt es kaum Fortschritte. Die im Koalitionsvertrag verkündete „große industrielle **Demonstrationsanlage für reFuels in Karlsruhe**“ gibt es bisher nicht. In Hessen klappt das offensichtlich besser: Am 28.04.2022 wurde dort bekannt, dass die Karlsruher Firma Ineratec dieses Jahr mit dem Bau der weltweit größten Pilotanlage für synthetisches Kerosin im Industriepark Frankfurt-Höchst beginnen wird. Ein baden-württembergisches Unternehmen also, das in Hessen synthetische Kraftstoffe herstellt.

Positiv sehen wir, dass zumindest einige Wunschträume, die nicht das Land, sondern andere bezahlen sollen, bislang nicht umgesetzt wurden: Etwa der geplante „**Mobilitäts-pass**“ (ÖPNV-Abgabe), bei dem die Bürgerinnen und Bürger dafür geschöpft werden sollen, dass ‚an jeder Milchkanne‘ von 5 bis 24 Uhr ein Bus hält, egal ob ein Bedarf besteht oder nicht. Ebenso wurde das 365-Euro-**Jugendticket** noch nicht umgesetzt, mit dem dann 26-Jährige für einen Euro pro Tag z. B. von Wertheim nach Konstanz fahren können, zahlbar durch eine 30-prozentige Finanzierung durch die Kreise.

Kritisch zu bewerten ist ebenfalls das Festhalten des Verkehrsministers an seinem Ziel, gegen den Willen der Stadt Stuttgart und der Region einen „**Eisenbahnknoten Stuttgart 2040**“ als Ergänzung des Stuttgarter Hauptbahnhofs zu bauen. Einen unguten Beigeschmack hat dieses Ziel zusätzlich dadurch erhalten, dass ein grüner Parteifreund des Ministers einen äußerst lukrativen PR-Auftrag dafür erhalten hat.



11. Reisen statt regieren – Grün-Schwarz in Europa und der Welt

Seit einem Jahr stolpert Grün-Schwarz durch Europa und die Welt. Fiel Kretschmann noch bei einem seiner Frankreich-Ausflüge im April mit peinlichen Pöbeleien gegen Berlin und Brüssel auf, so fabulierte er während seiner anschließenden Schweiz-Reise vor einem verblüfften Publikum über Tolkiens Auenland und die Orks. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Fortschreibung ihrer veralteten Schweiz-Strategie ist Grün-Schwarz bis heute schuldig geblieben. Auch die „Ostasien-Strategie“, ein weiteres grün-schwarzes Prestigeprojekt, besteht bis

heute nur in der wohlklingenden Welt des Koalitionsvertrags. Nach über einem Jahr in Regierungsverantwortung laufen die „Vorbereitungen der Erarbeitung“. Nicht einmal die internationalen Krisen und Herausforderungen unserer Zeit scheinen Grün-Schwarz dazu bewegen zu können, die Erarbeitung der verschiedenen Strategien zu beschleunigen und so krisenfeste Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt zu schaffen. Regierungs- statt Reisetätigkeit muss gerade heute das Gebot der Stunde sein.



12. Das Tiny-House-Ministerium und die Koalitionsarithmetik

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode hat die FDP-Fraktion die Befürchtung gehabt, dass die **Herauslösung der Bereiche Landesentwicklung und Wohnen aus dem Wirtschaftsministerium** keinerlei Mehrwert bringt, sondern das Gegenteil provoziert, nämlich eine Schwächung des Wirtschaftsministeriums, Verzögerungen und hohe Kosten durch das Abtrennen der beiden Bereiche für das neue „Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen“. Unsere Befürchtungen, dass das neue Ministerium nichts bringt und überflüssig ist, haben sich leider voll und ganz bestätigt. Anstatt mit Sachpolitik scheint es auch nach einem Jahr immer noch mit Strukturaufbau und Neuorganisation beschäftigt zu sein. Darunter leiden die Inhalte. Dafür wurden im Sinne der Koalitionsarithmetik Minister- und Staatssekretärsposten geschaffen.

Die Selbstbeschäftigung durch die unnütze Ausgliederung der Bereiche in ein eigenes Ministerium zeigt sich an zahlreichen Ergebnissen aus unserer parlamentarischen Kontrollarbeit: Die meisten Fragen werden

einfach mit „noch in Planung“, „im Aufbau“, „im nächsten Haushalt“ oder ähnlich lautend beantwortet. Eines der besten Beispiele für die misslungene Konstruktion: Uns wurde mitgeteilt, dass der **Landesentwicklungsplan** – das mithin wichtigste Projekt aus den Bereichen Landesentwicklung und Wohnen – nicht mehr in dieser Legislaturperiode fertig werde. Auch viele andere Dinge liegen weiterhin auf Halde, Fortschritte sind nicht erkennbar, so bspw. die Aktivierung von Brachflächen durch Flächenscouts bei den Regionalverbänden oder Modellprojekte zu handelbaren Flächenzertifikaten. Diese Aufzählung ließe sich reichhaltig weiterführen. Sinnbildlich für das misslungene Konstrukt: Kürzlich wurde sogar eine Sitzung des das Ministerium begleitenden Landtagsausschusses abgesagt, weil es zu wenig Beratungstoff gab.



13. Conclusio

Erkennbar gut war das erste Jahr der grün-schwarzen Neuauflage aus liberaler Sicht nirgends. Dort, wo tatsächlich Dinge umgesetzt oder in Umsetzung gebracht wurden, die sich die Altväterkoalition von Winfried Kretschmann vor einem Jahr vorgenommen hat, kamen Dinge heraus, die die FDP-Landtagsfraktion in den meisten Fällen nicht gut heißen kann. Herauszuheben ist aus unserer Sicht die Wahrnehmung eines zunehmend autoritären Politikstils von Winfried Kretschmann und seiner Koalition, der sich in vielen Facetten äußert: Das penetrante Forderung einer allgemeinen Impfpflicht ist hier zu nennen („die Bevölkerung wird durchgeimpft und dann isch es rum mit dieser Pandemie“). Ebenfalls in diese Richtung gehen die ständigen Forderungen nach großflächigen Eingriffsmöglichkeiten der Länder in die Grundfreiheiten der Bürgerschaft. erinnert sei an die von Kretschmann verhängten Ausgangssperren. Aber auch abseits der Corona-Politik zeigt sich ein solches Bild. Die

Photovoltaik-Pflicht nimmt etwa keine Rücksicht darauf, ob das Dach etwa aufgrund von Verschattung wenig geeignet dafür ist oder ob ältere Menschen, die ihr Hausdach sanieren müssen, für die nun benötigte Solaranlage gar keinen Kredit mehr bekommen. Das Vorhaben einer ÖPNV-Abgabe als Bürgerschröpfung durch die Hintertür hat den gleichen Duktus. Von oben wird verordnet, dass auch im ländlichen Raum von früh bis spät Busse fahren müssen, zahlbar durch die Möglichkeit für die Kommunen, das auf die Bürgerinnen und Bürger umzulegen. Unabhängig davon, ob überhaupt jemand das Angebot annimmt. Die FDP-Fraktion jedenfalls wird über die weitere Legislaturperiode weiterhin Vorschläge zum Wohle des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger einbringen und sowohl konstruktiv als auch kritisch das Regierungshandeln beleuchten und begleiten.

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber · Impressum
FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3 · 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-9112
E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-landtag-bw.de
Stand: 17. Mai 2022